

SOLAR-INITIATIVE

UND ES BRAUCHT SIE DOCH

Die GRÜNEN Schweiz sind aktuell an der Unterschriftensammlung für die Solar-Initiative, gestartet direkt nach der Annahme des Stromgesetzes letzten Sommer. Und es zeigt sich nun, dass es sie wirklich braucht.

L'engouement pour l'énergie solaire est certes toujours très fort et l'augmentation de sa production est en hausse, mais nous devons veiller à ce qu'elle ne cesse pas. L'objectif de 35 TWh d'énergie renouvelable d'ici 2035, fixé par la loi sur l'électricité, doit être réalisé en grande partie grâce à l'énergie solaire.

Bern zögerlich auf dem richtigen Weg

Die Berner Solar-Initiative wurde zwar von der Bevölkerung abgelehnt. Der Gegenvorschlag wurde aber ebenso klar angenommen. Dieser schreibt zumindest die Solarpflicht für Neubauten fest und bei Dachsanierungen müssen sich die Bauwilligen immerhin über die Solarenergie informieren. Vom Tisch ist die Solarpflicht bei bestehenden Häusern. Die Gegnerschaft der Berner Solar-Initiative hat im Abstimmungskampf vor allem Angst geschürt – Angst vor zu hohen Kosten, Angst davor, dass die Technologie nicht funktioniert und Angst vor dem Eingriff ins Eigentum. Das hat im aktuellen politischen Umfeld leider besser verfangen als wir uns das gewünscht hätten.

Le soutien clair du contre-projet – qui n'aurait pas existé sans l'initiative – montre toutefois que la population reste convaincue de la nécessité d'aller vers un approvisionnement énergétique solaire. L'initiative nationale propose des mesures similaires à la variante bernoise: rendre le solaire obligatoire pour les nouvelles constructions et les rénovations. Et les raisons pour utiliser le soleil ne manquent pas.

L'énergie solaire est sensée

En Suisse, il existe suffisamment de surfaces de toitures, de façades et d'infrastructures appropriées pour couvrir plus que les besoins actuels en électricité par l'énergie solaire. Avec l'initiative solaire, des installations solaires doivent être mises en place sur tous les bâtiments qui s'y prêtent afin de réaliser rapidement le tournant énergétique. L'électricité solaire est en outre une énergie respectueuse du climat, car l'installation ne rejette pas de CO₂ lors de la production d'électricité. Et pour la fabrication, le transport et le traitement des déchets des panneaux solaires, on utilise de plus en plus souvent des énergies renouvelables.



Solarenergie ist lokal, sie wird dort produziert, wo sie gebraucht wird. So beenden wir die Abhängigkeit von fossilen Energien aus dem Ausland und damit auch die Finanzierung von meist autokratischen Staaten.

Und es lohnt sich einfach

Eine Solaranlage sorgt nach ihrer Installation jahrzehntelang für günstigen und sauberen Solarstrom. Das ist ein riesiges ungenutztes Potenzial für die Schweiz. Wenn jetzt wieder AKW-Träume von Bundesrat Rösli aufkommen, ist die Solar-Initiative genau die zukunftsfähige Antwort darauf.



Aline Trede,
Nationalrätin



Beat Kohler,
Grossrat

Das Journal ist auch auf der Website der GRÜNEN
Kanton Bern zu finden: www.gruenebern.ch

GEPLANTE SAMMELAKTIONEN

01.05.2025: Sammeln an den 1-Mai-Feiern

10.05.2025: Nationaler Sammeltag

18.05.2025: Sammeln an den Urnen für kommunale Abstimmungen

14.06.2025: Nationaler Sammeltag

05.07.2025: Nationaler Sammeltag

Weitere Infos auf solar-initiative.info/agenda/



Link auf
Unterschriftenbogen

MIET-INITIATIVE

FÜR FAIRE MIETEN UND BEZAHLBARES WOHNEN



Anna de Quervain
Grossrätin, Vorstands-
mitglied MV Bern

In der Frühlingssession hat der Grosse Rat die Miet-Initiative beraten und zur Ablehnung empfohlen. Damit ist klar: Das letzte Wort hat die Berner Stimmbevölkerung. Die Miet-Initiative fordert die Einführung von transparenten Vormieten im Kanton Bern. Für faire Mieten und bezahlbares Wohnen!

Die Mieten im Kanton Bern steigen unaufhaltsam. In den letzten 20 Jahren sind sie um rund 30 Prozent gestiegen, obwohl sie gemäss dem geltenden Mietrecht hätten sinken müssen. Gleichzeitig ist die Leerwohnungsziffer kontinuierlich gesunken. Bezahlbarer Wohnraum wird in vielen Kantonsteilen immer knapper, eine Trendwende ist nicht in Sicht.

Bisher hat der Kanton keine Massnahmen ergriffen, um das Problem anzugehen. Sämtliche dahingehenden Vorstösse wurden von Regierung und Parlament abgelehnt. Aus diesem Grund hat der Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern gemeinsam mit anderen Organisationen, unter anderem mit den GRÜNEN Kanton Bern, die Miet-Initiative lanciert. Diese fordert die Einführung von transparenten Vormieten im Kanton Bern.

Mit transparenten Vormieten müssen Vermieter*innen beim Wechsel der Mieterschaft die vorherige Miete offenlegen. So können missbräuchliche Miet-Erhöhungen

von den Mieter*innen einfacher erkannt, von der Schlichtungsstelle überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Das bremst den Anstieg der Mietpreise und hat gleichzeitig eine präventive Wirkung.

Transparente Vormieten sind ein bewährtes Instrument, um faire und transparente Mietverhältnisse zu schaffen. Neun Kantone haben sie bereits eingeführt. Die bürgerliche Ratsmehrheit im Grossen Rat wollte davon aber nichts wissen und hat mit ihrer Ablehnung einmal mehr gegen die Interessen der Mieter*innen entschieden.

Jetzt kommt die Abstimmungskampagne

Doch zum Glück hat der Grosse Rat diesmal nicht das letzte Wort. Voraussichtlich Ende September findet die Volksabstimmung über die Miet-Initiative statt. Ich bin überzeugt, dass es möglich ist, die Abstimmung zu gewinnen. Schliesslich ist die Mehrheit der Menschen im Kanton Bern Mieterin oder Mieter.

Gleichwohl haben wir mit dem HEV, dem HIV, dem Berner Bauernverband und weiteren Organisationen eine starke Gegnerschaft. Wir werden also auf euer Engagement angewiesen sein, um die Miet-Initiative zu gewinnen und eine bessere Ausgangslage zu schaffen für faire, bezahlbare und transparente Mieten im Kanton Bern.

Mehr Informationen zur Initiative: www.faire-mieten-bern.ch



Lancierung Miet-Initiative 2023

FRAUENFUSSBALL-EM 2025

EIN GROSSANLASS MIT NACHHALTIGER VISION



Elisabeth Dubler,
Grossrätin, Uettligen

Im Sommer 2025 wird die Schweiz zur Bühne des europäischen Frauenfußballs: Die Women's Euro bringt sportliche Begeisterung und Gleichstellung in den Mittelpunkt. Grosse Turniere stehen oft in der Kritik, eine hohe Umweltbelastung zu verursachen – doch die Host Cities, darunter Bern und Thun, setzen auf eine nachhaltige Organisation.

Die Nachhaltigkeits-Charta der Host Cities verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz und integriert ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte in die Planung. Die Veranstaltung soll die Chancengleichheit der Geschlechter fördern sowie Frauen und Mädchen im Sport gezielt unterstützen. Wo möglich, wird auf Mietmaterial gesetzt, und neue Anschaffungen werden so geplant, dass sie weiter genutzt oder recycelt werden können. Auch klimafreundliche Mobilität steht im Fokus: Matchtickets berechtigen zur Nutzung des öffentlichen Verkehrs. Ein barrierearmer Veranstaltungsraum sowie Awareness-Teams vor Ort sorgen für Inklusion und Sicherheit.

Fussballcampus Region Bern:

Sport und Umwelt im Konflikt?

Parallel zur EM laufen in der Region Bern Planungen für einen neuen Fussballcampus. Der BSC YB, der Kanton Bern

sowie die Gemeinden Ostermundigen und Bolligen wollen in Rörswil eine moderne Infrastruktur für den Frauenfussball, den Nachwuchs- und Breitensport schaffen.

Doch das Projekt stösst auf Kritik – insbesondere in den betroffenen GRÜNEN Ortsparteien, die Bedenken hinsichtlich Umwelt und Raumplanung äussern. Konkret fordern sie ökologische Ausgleichsmassnahmen wie ein nachhaltiges Energiekonzept mit einem Plus-Energie-Standard, ein durchdachtes Mobilitätskonzept mit weniger Auto- und mehr Velostellplätzen sowie versickerungsfähige Flächen nach den Prinzipien einer Schwammstadt.

Während der Fussballcampus eine Chance für den Sport darstellt, bleibt die Herausforderung bestehen, Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte ernsthaft zu berücksichtigen. Die Debatte zeigt: Fussball und Nachhaltigkeit müssen sich nicht ausschliessen – wenn Planung und Umsetzung mit Weitsicht erfolgen.

BILDUNGSFortschritt IM Kanton Bern

GEMEINSAM DIE SCHULEN STÄRKEN

Es ist grossartig, was die Lehrpersonen, die Schulleitungen, die Mitarbeitenden an den Schulen und alle anderen Personen, die den Schulbetrieb tragen, in den letzten Jahren geleistet haben. Die Corona-Pandemie, die Einschulung von rund 2'000 ukrainischen Kindern und Jugendlichen, der Fachkräftemangel: Die Herausforderungen an den Schulen kamen in vergangener Zeit im Jahresrhythmus – und wurden und werden gemeinsam angepackt.

Es waren und sind grosse Herausforderungen, die parallel zur Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen Schulunterrichts und weiteren Entwicklungen im Schulsystem zu meistern sind und die alle Stufen des Bildungssystems gleichermassen in Anspruch nahmen. Auch auf politischer Ebene standen neben dem Erarbeiten von Lösungen bei den genannten Herausforderungen weitere strategische Meilensteine an.

Alle unter einem Dach

So gehört seit Anfang 2022 auch die Sonderschulbildung zur Zuständigkeit der Bildungs- und Kulturdirektion. Die gesamte Bildung im Kanton kam mit der Revision des Volksschulgesetzes somit unter ein Dach – ein zentraler Schritt für einen zeitgemässen Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen. Früher mussten die Eltern selbst einen Sonderschulplatz für ihr Kind suchen, heute ist der Kanton dafür zuständig.

Massgeblich verbesserte Anstellungsbedingungen

Der Fachkräftemangel betrifft seit mehreren Jahren neben weiteren Branchen auch den Schulbetrieb und bereitet nach wie vor grosse Sorgen. Umso wichtiger, dass wir in den letzten Jahren auf politischer Ebene wichtige Massnahmen zur Stärkung der Lehrpersonen und Schulleitungen durchsetzen konnten. Bereits 2020 konnten wir die Löhne der Primarlehrkräfte anheben. Im letzten Jahr erreichten wir eine Funktionsanstellung für Klassenlehrkräfte von fünf Beschäftigungsgradprozenten und eine Funktionszulage von 300 Franken pro Monat. Diese beiden Massnahmen leisten einen wertvollen Beitrag, um die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Mit einer neuen Sockelanstellung bei Schulleitungen tragen wir den vielen Aufgaben Rechnung, die bei allen Schulleitungen unabhängig von der Schulgrösse in gleichem Mass anfallen. Mit dem neu festgelegten Berechnungsfaktor für die Stellenprozente der Schulleitungen berücksichtigen wir den Aufwand in Abhängigkeit zur Anzahl Schülerinnen und Schüler ebenfalls besser. Die Massnahmen für die Klassenlehrpersonen konnten auf Anfang Schuljahr 2024/25 umgesetzt werden, die Massnahmen für die Schulleitungen folgen auf das kommende Schuljahr.

Vielfältige neue Aus- und Weiterbildungen

Daneben arbeiten wir gemeinsam mit dem Verband Bernischer Gemeinden (VBG), den Berufs- und Personalverbänden sowie der PHBern und dem PH-Institut der NMS fortlaufend an weiteren Massnahmen zur Stärkung der Schulen. So bieten wir in diesem Frühling u.a. zum ersten Mal ein Forum für den Quereinstieg in den Lehrberuf an. Das Forum bietet Interessierten die Möglichkeit, sich über die Anforderungen im Lehrberuf zu informieren, wertvolle Kontakte zu knüpfen und Antworten auf Fragen zur Anstellung und Ausbildung zu erhalten. Es bietet Schulen an,



Stellensuchende kennenzulernen und mit ihnen direkt in Kontakt zu treten. Die Sommercamps für Quereinsteigende – durchgeführt an der PHBern – verzeichnen seit ihrem Beginn vor zwei Jahren grosses Interesse. Diese Kurse helfen mit, dass quereinsteigende Lehrpersonen bereits vor ihrem Stellenantritt an der Schule erste Einblicke in die Organisation und wichtige Tipps für den Arbeitsalltag erhalten.

Der CAS für Lehrpersonen mit ausländischem Lehrdiplom unterstützt gleich auf mehrere Arten. Personen ohne Schweizer Diplom, aber mit einer entsprechenden Ausbildung aus einem anderen Land erhalten die Möglichkeit, einer interessanten und sinnstiftenden Arbeit nachzugehen. Sie können ihr Wissen und ihre Erfahrung im Schulbereich einbringen. Damit wird ein wertvoller Beitrag für ihre Integration in der Schweiz geleistet – und gleichzeitig ergibt sich für Schulen sowie für Kinder und Jugendliche ein kultureller Mehrwert. Darüber hinaus leisten sie eine wichtige Unterstützung zur Eindämmung des Fachkräftemangels. Die beiden ersten Durchführungen des CAS waren voll belegt. Auch die Etablierung von Mentoraten und die Einführung von Klassenhilfen sind eine wichtige Stütze für die Schulen und ihre Arbeit. Und nicht zuletzt gilt dies für die grosse Mehrheit der PH-Studierenden, die bereits während der Ausbildung unterrichten.

Gemeinsam für das Fundament der Gesellschaft

Bildung Bern, der Verband der Schulleitungen, der VBG, die PHBern und das PH-Institut der NMS sind in all diesen Fragen seit Jahren verlässliche Partner. Mit ihnen zusammen erarbeiten wir all diese Massnahmen und dabei ist natürlich auch ihr Praxisbezug ein wichtiger Wert.

Unsere Schulen zu stärken heisst, die Arbeit aller Beteiligten zu würdigen und für das künftige Fundament unserer Gesellschaft zu sorgen. Das ist unsere Motivation und unser tägliches Ziel in der BKD.

Christine Häsler, Regierungsrätin, Bildungs- und Kulturdirektorin

ERHÖHUNG DER STUDIENGEBÜHREN

STUDIEREN DARF KEINE FRAGE DES GELDES SEIN



Gioia Benninger,
Co-Präsidentin
Junge Grüne
Kanton Bern

Als wir Jungen Grünen erfuhren, dass der Grosse Rat über höhere Studiengebühren diskutiert, war klar: Wir müssen etwas tun. Gemeinsam mit Studierendenverbänden und anderen Jungparteien reichten wir eine Stellungnahme beim Grossen Rat des Kantons Bern ein, starteten eine Petition und riefen am 5. Dezember 2024 mit der JUSO zu einer Demonstration auf, an der rund 2'000 Studierende gegen die Erhöhung der Studiengebühren protestierten.

Doch trotz unseres Widerstands beschloss die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates, die Studierenden mit höheren Gebühren zu belasten. Inländische Studierende zahlen künftig 100 Franken mehr pro Semester, für ausländische Studierende verdreifachen sich die Gebühren. In Zeiten von

Inflation, steigenden Mieten und höheren ÖV-Kosten ist das unzumutbar.

Bereits jetzt arbeiten drei Viertel der Studierenden nebenbei, um sich das Studium zu finanzieren. Doch wir können nicht unbegrenzt mehr arbeiten und nicht alle Eltern können ihre Kinder zusätzlich unterstützen. Bildung darf nicht vom finanziellen Hintergrund abhängen!

Auch national drohen weitere Verschlechterungen: Das Entlastungspaket 27, das der Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt hat, sieht vor, dass die Gebühren ab 2027 für inländische Studierende doppelt und für ausländische viermal so hoch sein sollen. Ob das rechtlich haltbar ist, bleibt fraglich. Denn die EU lehnt eine Ungleichbehandlung von EU-Studierenden im Vergleich zu den Studierenden aus der Schweiz klar ab. Falls der Plan des Bundesrates nicht umsetzbar ist, könnte eine allgemeine Erhöhung drohen.

Wir Jungen Grünen werden das nicht hinnehmen! Auch wenn viele von uns, bis die Erhöhung in Kraft tritt, ihr Studium bereits abgeschlossen haben werden, kämpfen wir für das Recht auf Bildung von künftigen Generationen. Bildung darf nicht wieder zu einer Klassenfrage werden. Ein reiches Land wie die Schweiz muss Bildung für alle ermöglichen – ohne Wenn und Aber. Daher wollen wir uns weiter gegen Erhöhungen der Studiengebühren einsetzen und sind für jede Unterstützung dankbar.



Protestaktion vor dem Rathaus gegen die Erhöhung der Studiengebühren

JUNGE GRÜNE KÖNIZ

WIR STARTEN IN DIE DIESJÄHRIGEN GEMEINDEWAHLEN



Sara Gasser,
Parlamentarierin
Junge Grüne Köniz

Am 28. September 2025 wählt Köniz ein neues Parlament. Für uns, die Jungen Grünen Köniz, bedeutet das: gemeinsame Kräfte sammeln, verbünden und mobilisieren!

Atomkraftwerke sind in der Schweizer Politik wieder salonfähig, weltweit werden etablierte Freiheits- und Menschenrechte angegriffen sowie Gleichberechtigung zwischen Geschlechtern und Inklusion von Minderheiten in Frage gestellt. Wir erleben eine Wende zu aggressivem Nationalismus und enormer militärischer Aufrüstung.

Was bleibt uns also übrig? Zusammenstehen, uns mutig engagieren und dazu beitragen, dass unsere Welt lebenswert und unsere Zukunft bestehen bleibt! Hier und jetzt, auch in Köniz – solidarisch, feministisch und ökologisch.

Für einen bunten und starken Wahlkampf können wir jede Unterstützung brauchen! Melde dich bei uns, folge uns auf Instagram, teile unsere Beiträge und sprich in deinem Umfeld über unsere Kampagne und die Könizer Gemeindewahlen!

E-Mail: info@jungegruenekoeniz.ch
Instagram: [@jungegruenekoeniz](https://www.instagram.com/jungegruenekoeniz)

WAHLEN IN KÖNIZ

DIE GRÜNE WENDE WEITER VORANBRINGEN

Bei den GRÜNEN Köniz gibt es einen Generationenwechsel. Nach acht Jahren in der Gemeindeexekutive trete ich als Gemeinderat zurück. Als Spitzenkandidatin für die Nachfolge ist die amtierende Grossratspräsidentin Dominique Bühler nominiert.

In den letzten acht Jahren haben wir GRÜNE wichtige Meilensteine zu einem nachhaltigen und klimaneutralen Köniz erreicht. Wichtige Impulse kamen aus dem Parlament, wo die GRÜNEN und Jungen Grünen 8 von 40 Sitzen innehaben. So gelang es, die Themen Klima und Biodiversität in Politik und Verwaltung zu verankern.

Klimaschutzreglement, Wärmeverbünde, Biodiversitätskonzept

Diese Themen fallen in das Aufgabengebiet meiner Direktion Umwelt und Betriebe. Nebst dem Bewältigen der Pandemie, Finanzknappheit und budgetlosem Zustand gelang es im Gemeinderat, ein griffiges Klimaschutzreglement mit dem Netto-Null Ziel 2045 für das Gemeindegebiet und 2035 für die Verwaltung zu verabschieden. Ein Klimafonds wurde eingerichtet und das Klimamassnahmenpaket ausgearbeitet. Verschiedene Wärmeverbünde sind in Bau. Kürzlich konnten wir zusammen mit ewb den Startschuss für den grossen Wärmeverbund Bern-Wabern bekannt geben, der die Wärme aus dem Überschusswas-

ser des Wasserverbands Region Bern bezieht. Weiter konnten wir mit dem Biodiversitätskonzept die Grundlage legen für neue Nutzungspläne, für die naturnahe Pflege gemeindeeigener Grünflächen, die Aufwertung und Begrünung von öffentlichen Plätzen und die Förderung der Biodiversität in privaten Gärten.

Grossratspräsidentin Dominique Bühler ist Spitzenkandidatin für den Könizer Gemeinderat

Ende Jahr ist Zeit, jüngeren Kräften Platz zu machen. Ich bin sehr glücklich über die Nomination von Dominique Bühler als Spitzenkandidatin der GRÜNEN Köniz für den Gemeinderat. Sie sass im Könizer Parlament, ist aktuell Grossratspräsidentin und höchste Bernerin, ist von Beruf Umweltwissenschaftlerin und hat den richtigen grünen Kompass. Die GRÜNEN Köniz werden zusammen mit den Jungen Grünen einen sehr engagierten Wahlkampf führen, um am 28. September den Gemeinderatssitz zu verteidigen und acht bis neun Sitze im Parlament zu erreichen. Damit können wir die grüne Wende in Köniz weiter vorantreiben und das Netto-Null Ziel konsequent weiterverfolgen.



Gemeinderat Hansueli Pestalozzi mit der nominierten Nachfolgerin Dominique Bühler



Hansueli Pestalozzi, Gemeinderat Köniz

GEMEINDEWAHLEN AM 28. SEPTEMBER 2025

MEHR GRÜN FÜR LYSS

Wo wir leben, sind «gut zugängliche, sichere und vernetzte Freiräume mit attraktiven Fuss- und Velowegen sowie Bewegungs- und Begegnungszonen eine Voraussetzung für einen aktiven Lebensstil. Die Siedlungsplanung muss daher den qualitätsvollen und wohnraumnahen Sport-, Bewegungs- und Begegnungsräumen sowie den Verbindungen zwischen ihnen besondere Aufmerksamkeit widmen.»

Dieses Anliegen vertreten die GRÜNEN Lyss seit Jahren. Die geplante Begegnungszone im Zentrum der Stadt, für die wir uns einsetzen, entspricht wortwörtlich dem Begehren nach mehr Raum der Begegnung. Auch im Wahlherbst werden wir eine nachhaltige Siedlungsplanung priorisieren.

Mit Nachdruck versuchen wir GRÜNEN die Gemeinde im Bereich Langsamverkehr vorwärtszubringen. Dies ist bitter nötig, denn Lyss hat auch in der laufenden Legislatur immer noch keine Zielsetzungen und konkreten Massnahmen zur Veloförderung angedacht.

Mehr Grün durch Bäume

Nur mit gesunden Bäumen bleibt eine Stadt fit im Klimawandel. Jungbäume brauchen fachgerechte Pflege,

damit sie sich zu robusten Bäumen entwickeln, Schatten spenden und das Stadtklima abkühlen können. Wir setzen uns ein, dass Lyss die Förderung von Bäumen ernst nimmt und für deren Pflege eine nachhaltige Finanzierung sicherstellt.

Erst kürzlich haben die GRÜNEN Lyss Anstoss für die Überarbeitung einer Spielplatzplanung gegeben – dank dieser werden doppelt so viele Bäume gepflanzt und der Schattenwurf fällt nicht mehr neben, sondern auf den Spielplatz.

Mehr Grün durch Entsiegelung

Die GRÜNEN Lyss «fiebern» bezüglich Stadtklima mit. Die Gemeinde hat Temperatur-Messstellen installiert und es kann festgestellt werden, dass in Sommernächten die Abkühlung

fehlt. Wen wundert's, zählt doch Lyss zu den Gemeinden mit aussergewöhnlich hoher Zunahme an versiegelten Flächen. Wir sprechen das Thema seit Jahren an; die Forderung nach weniger Asphalt fällt aber in Lyss trotzdem auf hartes Pflaster.

Übrigens..., das Zitat im Einleitungstext ist einer Medienmitteilung des Bundesamtes für Sport (BASPO) vom 22. Januar 2025 entnommen.

Sind die GRÜNEN Lyss Vorreiter*innen mit ihren Anliegen? Spielt keine Rolle – die Bestätigung ist da, unser Weg in eine nachhaltige Zukunft stimmt.



Lorenz Eugster, Präsident GRÜNE Lyss

Die GRÜNEN Lyss starten mit Engagement in die Wahlen 2025. Machst du mit? Für Interessierte gibt es noch Platz auf der Liste.

SCHWERPUNKT DES NEUEN CO-PRÄSIDIUMS

MEHR TEMPO IN DER KLIMAPOLITIK



Im März hat der Stadtrat die Energie- und Klimastrategie 2025-2035 diskutiert. Darin legt der Gemeinderat konkrete klimapolitische Massnahmen vor. Angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise ist jedoch mehr Tempo nötig! Als neue Co-Präsidentinnen des Grünen Bündnis setzen wir uns deshalb für einen raschen Gas-Ausstieg, den Solarausbau und die Finanzierung der Klima-Massnahmen ein.



Links: Anna Leissing, Stadträtin, Co-Präsidentin Grünes Bündnis
Rechts: Esther Meier, Stadträtin, Co-Präsidentin Grünes Bündnis

Die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung ist ein zentraler Schritt hin zum Netto-Null-Ziel. Das Grüne Bündnis fordert daher den schrittweisen Gas-Ausstieg bis 2035, doch wir fanden dafür keine Mehrheit im Stadtrat. Besser lief es bei der Solarenergie. Aktuell nutzt die Stadt erst rund fünf Prozent ihres Solarpotenzials. Deshalb hat das GB bereits 2021 ein Vorstoss-Paket zur Solarenergie eingereicht. Kürzlich hat die Stadtberner Stimmbewölkerung die Berner Solar-Initiative angenommen und sich für eine Solarpflicht ausgesprochen. Es gilt daher, den Solarausbau in der Stadt Bern zu beschleunigen.

Finanzierung der Klima-Massnahmen sicherstellen

Damit es vorangeht, muss zudem die Finanzierung der Klima-Massnahmen sichergestellt werden. Dazu hat das Grüne Bündnis, zusammen mit anderen Parteien und Organisationen, im Herbst 2024 die Klimagerechtigkeitsinitiative eingereicht, die einen städtischen Klimafonds fordert. Die Initiative kommt voraussichtlich 2026 zur Abstimmung – wir freuen uns jetzt schon auf diesen wichtigen Schritt und die Zusammenarbeit für eine effektive, verursachergerechte und sozialverträgliche Klimapolitik in Bern.

70 JAHRE JUNGES BERN

VOM JUNGEN BERN ZUR GRÜNEN FREIE LISTE



Eli Aisics, Vorstand
Grüne Freie Liste Bern

Vor 70 Jahren wurde das Junge Bern gegründet. Es brachte neuen Schwung in die verkrustete Stadtberner Parteienlandschaft, setzte wichtige Reformen durch und prägte die Stadt nachhaltig. Sein Erbe lebt weiter in der Grünen Freien Liste.

Am 5. November 1955 schlossen sich junge, visionäre Student*innen – darunter auch ein gewisser Mani Matter – zu einer neuen politischen Kraft zusammen: dem Jungen Bern. Als Gegenentwurf zu den etablierten Parteien forderten sie weniger Partikularinteressen, mehr Transparenz, unvoreingenommene Positionsbildung und einen Blick für das Ganze. Bereits 1955 errangen sie zwei Sitze im Stadtrat und setzten mit ihrer Initiative die bis heute gültige Amtszeitbeschränkung von zwölf Jahren durch.

Grün und progressiv

Das Junge Bern engagierte sich früh für Umwelt und Fragen der städtebaulichen Entwicklung. Seine Mitglieder kämpften erfolgreich gegen die einst geplante vierspurige Autostrasse durch die Altstadt und pflanzten eigenhändig

Bäume auf dem Waisenhausplatz, die bis heute Schatten spenden. 1979 lancierten sie das Projekt «Grüne Velos», das kostenlose Fahrräder bereitstellte. Auch in gesellschaftspolitischen Fragen waren sie Pionier*innen: Noch vor der Einführung des Frauenstimmrechts forderte das Junge Bern die Stadt auf, Frauen politisch einzubinden. 1972 stellte die Partei mit Ursula Brunner die erste weibliche Stadträtin.

1991 fusionierte das Junge Bern mit der Freien Liste, 1997 benannte sich das Bündnis in «Grüne Freie Liste» (GFL) um und wurde Teil

der Grünen Partei. So bleibt das Erbe des Jungen Bern lebendig – als mutige, progressive Kraft, die Bern nachhaltig geprägt und verändert hat.

Dieser Beitrag entstand auf der Basis eines Papiers von Marlise Hubschmid-Tschabold (GFL, Präsidentin Junges Bern-Freie Liste 1993-1997).



Archivaufnahme von 1979 der Aktion «Grüne Velos»

BIODIVERSITÄT FÖRDERN KONKRET

MUSTERBEISPIEL SCHULGARTEN

Aus Arbeitsgruppen der GRÜNEN Seeland-Biel ist ein Vorstoss im Grossen Rat hervorgegangen: Schulgärten fördern! Dort hat das Anliegen wenig Gehör gefunden. Doch das Engagement geht weiter: mit Informationen über Handlungsmöglichkeiten für Lehrpersonen.

Im Januar 2024 haben die GRÜNEN Seeland-Biel einen Workshop durchgeführt, um Themen zu identifizieren, die sie prioritär bearbeiten möchten. Zu Bildung und Biodiversität haben sich Arbeitsgruppen gebildet; an mehreren Treffen haben sie unter anderem über Schulgärten diskutiert. Sie haben festgestellt, dass Lehrpersonen wie auch Schüler*innen oft nicht wissen, wie Lebensmittel produziert werden, wie Gemüse angepflanzt wird.

Der Bildungsgarten der PHBern – ein Anfang

Eine Möglichkeit, grundlegendes Wissen über Pflanzen als Grundlagen unserer Ernährung zu vermitteln, sind Schulgärten. Die Pädagogische Hochschule PHBern betreibt neuerdings einen Bildungsgarten. Mit Jan Egger, der damit Weiterbildung für Lehrpersonen anbietet, fand ein Austausch

statt. Dabei musste festgestellt werden, dass auch ihm Ressourcen fehlen und dass der Kanton Bern – im Unterschied zu anderen Kantonen – Schulgärten nicht aktiv fördert.

Um dies zu ändern, hat Nora Soder, damals noch Seeländer Grossrätin, im Juni 2024 einen breit abgestützten Vorstoss im Kantonsparlament deponiert: den Lernort Schulgarten fördern! Das Postulat ist nun in der Märzsession zwar angenommen, aber gleichzeitig – zum Leidwesen der GRÜNEN – als erledigt abgeschrieben worden. Es bleibt die Hoffnung, dass die PHBern das Kursangebot in ihrem Bildungsgarten weiterführt und wirkungsvoll ausweitet.

Praktische Tipps für Lehrpersonen

Die GRÜNEN Seeland-Biel haben sich selbst zum Ziel gesetzt, Schulen für ökologische Themen zu sensibilisieren. Sie haben auf ihrer Website diverse Projekte aufgelistet, die dafür Unterstützung anbieten. Ob mit oder ohne Schulgarten: Für Lehrpersonen, die an ihren Schulen das Wissen über Biodiversität fördern wollen, gibt es viele Möglichkeiten.



Regula Wernli,
Vorstand GRÜNE Ins



Nora Soder,
ehem. Grossrätin, Biel



Bruno Vanoni,
Grossrat, Zollikofen

Infos zu Angeboten für Schulen: gruene-seeland-biel.ch



Blick in zwei Schulgärten, die ins Unterrichtsprogramm integriert sind: Steinerschulen Bern (links) und Ittigen (rechts)

AGENDA

30.04.2025: Stammtisch GFL Bern, ab 19.00 Uhr, Lorraine 22, Lorrainestrasse 22, Bern.

01.05.2025: 1. Mai Feier, ab 17.30 Uhr auf dem Bundesplatz mit Reden u.a. von Grossrätin Rahel Ruch. Weitere Infos folgen auf unserer Website..

10.05.2025: Pflanzemärkt GFL Buchsi, 09.30-14.00 Uhr, Schulhausplatz Paul Klee, Oberdorfstrasse 22, Münchenbuchsee. Tauschen und Kaufen von Pflanzen und Samen.

10.05.2025: Gemeinde Duell mit den GRÜNEN Thurnen, ab 14.30 Uhr, Velotouren und Frappé-Velo auf dem Dorfplatz, Bahnhofstrasse 31, Mühlethurnen.

17.05.2025: Bekämpfung von invasiven Neophyten GRÜNE Bremgarten, 09.00-12.00 Uhr, Hofladen Chutzen, Chutzenstrasse 27, Bremgarten b. Bern. Weitere Infos: www.gruene-bremgarten.ch.

18.05.2025: CIP – Solidaire, 10.0-17.00 Uhr, CIP, Chemin des Lovières 13, Tramelan.

14.06.2025: Feministischer Streik, Aktionen in der ganzen Schweiz. Weitere Infos: www.14juni.ch

14.06.2025: Bekämpfung von invasiven Neophyten GRÜNE Bremgarten, 09.00-12.00 Uhr, Hofladen Chutzen, Chutzenstrasse 27, Bremgarten b. Bern. Weitere Infos: www.gruene-bremgarten.ch.

02.08.2025: BernPride, Grosser Demonstrationsumzug und Festival auf dem Bundesplatz, Bern. Weitere Infos: www.bernpride.ch

INITIATIVE FÜR EINEN NACHHALTIGEN FINANZPLATZ

GLOBALE VERANTWORTUNG FÜR KLIMA UND NATUR



Christine
Badertscher,
Nationalrätin

Während die Schweizer Wirtschaft grosse Anstrengungen für den Klimaschutz unternimmt, verantwortet der Schweizer Finanzplatz weiterhin das 18-fache der inländischen CO₂-Emissionen der Schweiz. Deshalb muss dieser stärker in die Pflicht genommen werden.

Mit einem der weltweit führenden Finanzplätze hat die Schweiz eine besondere Verantwortung. Heute sind es nicht die innovativen Technologien, die uns fehlen, sondern die Finanzierung dieser Zukunftslösungen.

Auch deshalb nennt das Pariser Klimaabkommen von 2015 die Ausrichtung der Finanzflüsse explizit als wesentlichen Erfolgsfaktor für den Klimaschutz. Es war deshalb erfreulich, dass die Branche vor vier Jahren den Anspruch formuliert hatte, international führend in nachhaltigen Finanzdienstleistungen werden zu wollen. Ein Versprechen mit wenig Verbindlichkeit,



wie sich leider herausgestellt hat. Die Branche verpasste die Chance, eigenständig einen Weg zur Erreichung ihrer Ziele festzulegen.

Verbindliche Regeln sind notwendig

Deshalb braucht es die Finanzplatzinitiative. Sie legt die Grundlage, damit nicht nur die Branche, sondern wir als ganzes Land der Jahrhundertverantwortung gerecht werden. Mit der Initiative sollen klimaschädliche Geschäfte vom Schweizer Finanzplatz nicht mehr finanziert oder versichert werden.

Dadurch werden Mittel frei für den Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft, die auch die Innovationskraft der Unternehmen stärkt.

FAMILIENZEIT-INITIATIVE LANCIERT

ZEIT FÜR EINE PARITÄTISCHE ELTERNZEIT



Lisa Mazzone,
Präsidentin
GRÜNE Schweiz

In der Schweiz kommt es zu oft vor, dass werdende Eltern die Geburtsklinik als modernes Paar betreten, aber als traditionelles Paar wieder verlassen. Anders als die meisten EU-Länder kennt die Schweiz keine Elternzeit. Während sich viele Väter bald nach der Geburt wieder auf die berufliche Tätigkeit konzentrieren müssen, sind die Mütter plötzlich allein zuhause – was einer traditionellen Rollenverteilung entspricht. Um dies zu ändern, haben die GRÜNEN Schweiz die Familienzeit-Initiative mit lanciert.

Die Einführung einer paritätischen Familienzeit ermöglicht es Frauen, schneller und mit höherem Beschäftigungsgrad auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren, sofern sie das wollen. Da der Vater zuhause seine Verantwortung wahrnehmen kann. Dies hilft die Einkommensunterschiede und damit die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Elternteilen zu verringern. Zudem werden damit die Wettbewerbsnachteile von Müttern auf dem Arbeitsmarkt und die damit verbundenen Lücken in der beruflichen Vorsorge reduziert.

neues Recht und damit eine neue Normalität geschaffen. Davon profitiert in erster Linie das Kind. Die Familienzeit verbessert die Gesundheit der Mütter und verstärkt die Beziehung des Kindes zum Vater.

Diese Initiative bietet Frauen und Männern sowie alternativen Familienmodellen die Chance, sich von traditionellen Rollenbildern zu emanzipieren und eine gleichberechtigte Familien-Organisation aufzubauen. Sie schafft Perspektiven für Familien in einem Land, das mit der Zeit gehen will.

Die Familienzeit-Initiative wurde am 2. April 2025 lanciert.

Sie fordert die Einführung einer für beide Elternteile gleich langen Elternzeit von je 18 Wochen.

Weitere Informationen auf www.familien-zeit.ch



Ein Mehrwert für alle, inklusive der Kinder

Für den zweiten Elternteil (häufig der Vater) wird ein

PAROLEN

Am 18. Mai 2025 finden keine Abstimmungen auf kantonaler und nationaler Ebene statt.